

**WIR BLEIBEN HIER!**

DAS POLITISCHE VERMÄCHTNIS VON  
OPPOSITIONSGRUPPEN UND DER  
BÜRGERBEWEGUNG IN DER DDR

EINE TAGUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG  
UND DES FORUM OSTDEUTSCHLAND E. V.  
AM 17. JUNI 1997 IM WILLY-BRANDT-HAUS, BERLIN

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Vorwort</b> Axel Schmidt-Gödelitz	5
<b>Begrüßung</b> Wolfgang Thierse	7
<b>Was haben wir gewollt?</b> Eingangsstatements	9
<b>Was haben wir für Gegenwart und Zukunft zu sagen?</b> Podiumsdiskussion	35
<b>Wie tragen wir das weiter?</b> Publikum und Podium	49
<b>Wie kriegen wir das zusammen?</b> Schlußrunde auf dem Podium	61
<b>Wer spricht?</b> Biographische Hinweise	66

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Berlin

Redaktionelle Bearbeitung: Karin Lange

Copyright 1997 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Berlin  
Knesebeckstr. 99  
10623 Berlin  
Titelfoto: dpa  
Fotos: Joachim Liebe  
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn  
Druck: DBC Druckhaus Berlin-Centrum

ISBN 3-86077-700-9

# VORWORT

Mit dem vorliegenden Heft dokumentieren wir eine Veranstaltung, die gemeinsam vom Forum Ostdeutschland e.V. und dem Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wurde. Wir hatten vereinbart, zuvorderst jene zu Wort kommen zu lassen, die heute nicht mehr im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, die aber im Vorfeld des Zusammenbruchs der DDR als Bürgerrechtler und Oppositionelle in Theorie und Praxis wichtige Beiträge für den friedlichen Systemwechsel geleistet haben.

Was hat die Bürgerrechtler in den 80er Jahren zum Widerstand motiviert? Welche konkreten Pläne, welche Visionen hatten sie von einer anderen, neuen Gesellschaft? Welche Enttäuschungen, welche Niederlagen haben sie hinnehmen müssen? Was eint sie mit, und was trennt sie heute von jenen, mit denen sie damals den Widerstand zusammen organisierten? Und: gibt es auch künftig Gemeinsames zu tun?

Schwerpunkte der anhaltenden kontroversen Diskussionen lassen sich immer noch an der Interpretation von DDR-Geschichte und DDR-Biographien nachvollziehen. Die Tatsache, daß überwiegend westdeutsche Historiker, Publizisten und Politiker nicht nur interpretieren, sondern auch Werturteile fällen, wird in Ostdeutschland als zumindest problematisch gesehen.

Diese Kontroverse enthält aber auch einen inneren ostdeutschen Gegensatz, der bisweilen mit Schärfe und Bitternis ausgetragen wird: wer mit real erfahrener Unterdrückung lebte, verlangt verständlicherweise endlich nach größtmöglicher Öffentlichkeit und Wahrhaftigkeit. Auf der anderen

Seite reicht das Spektrum von Einsicht und ehrlicher Reue ob der Beteiligung an einem repressiven System über beschönigende, oft nostalgische Rechtfertigung bis hin zu sturem Beharren auf der historischen Notwendigkeit und Legitimität des alten Systems.

Das Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet angesichts dieser komplizierten Ausgangslage ein Forum, wo die notwendigen Auseinandersetzungen so ausgetragen werden können, daß sie als ein mögliches Ziel Verständnis und Verständigung statt nur Unnachgiebigkeit und Vergeltung anstrebt. Denn: Je stärker sich bei Ostdeutschen der Eindruck festsetzt, daß Ostbiographien keine Chance auf differenzierte Beurteilung haben, wird die Reaktion häufig in eine sich abschließende, auf Abwehr programmierte Haltung münden, werden Trotz und nostalgische Beschönigung Konjunktur behalten. Und je deutlicher sich diese Stimmungslage artikuliert, desto stärker werden jene, die gelitten haben, auf einer „radikalen Aufarbeitung“ der Vergangenheit beharren.

Dieser Teufelskreis, umflochten und in Bewegung gehalten von politischen Interessen und Instrumentalisierungen, schadet letztlich allen. Es geht nicht darum, Schuld zu leugnen und unter den Teppich zu kehren. Wir brauchen aber auch Versöhnung und Integration, weil wir angesichts der vor uns liegenden Probleme gar nicht umhin können, unsere Kräfte gemeinsam auf die Gestaltung einer modernen, effizienten aber auch solidarisch-gerechten demokratischen Gesellschaft zu konzentrieren.

Axel Schmidt-Gödelitz

# BEGRÜSSUNG

ment viele in der DDR bewegt und zu Taten geführt hat, die zur Überwindung der DDR beitrugen, soll heute gesprochen werden. Nicht um flotte tagespolitische Aktualisierung geht es oder gar um parteiische Instrumentalisierung - nein, gerade dagegen könnten sich präzise Vergewisserung und Vergegenwärtigung ebenso richten wie gegen Legendenbildung und Monopolansprüche. Die Bürgerrechtler, das ist ja inzwischen ein Plural geworden, der mit unterschiedlichen und teils erheblichen Ansprüchen versehen gelegentlich höchst beliebig verwandt wird. Was haben wir gewollt? Das soll Gegenstand der ersten Runde von Statements sein. In der zweiten Runde wollen wir dann fragen: Was ist davon heute lebendig geblieben? Was kann, was soll lebendig bleiben? Was hat noch Kraft?

## **Wolfgang Thierse:**

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Es ist schön, so viele sympathische Menschen zu sehen!

Daß wir am 17. Juni zusammenkommen, das ist eher ein Zufall, der Terminzwängen geschuldet ist. Aber es ist auch gut, daß wir uns heute, am Jahrestag des ersten verzweifelt gescheiterten Versuchs, dem Staatssozialismus Freiheitsrechte abzutrotzen, erinnern an das politische Vermächtnis von Oppositionsgruppen und Bürgerbewegung in der DDR.

Nicht nostalgische Erinnerung, sondern Vergewisserung soll das Ziel sein. Über Motive, Intentionen, Träume, Visionen - Illusionen auch - und über viele, deren Engage-

Ich will vorweg nur ein paar Zitate zur Erinnerung liefern: Im Gründungsauftrag des Neuen Forum vom 10. September '89 heißt es: „Allen Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde“.

In der Flugschrift der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt vom 12. September '89 lesen wir: „Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, daß die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Er bedarf einer friedlichen demokratischen Erneuerung“.

Und weiter heißt es: „Insbesondere hoffen wir auf ein Bündnis von Christen und kritischen Marxisten. Laßt uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine

solidarische Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewährt sind".

Etwas später folgen dann Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR: Im Aufruf der Initiativgruppe der Sozialdemokratischen Partei in der DDR finden wir den Satz: „Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung". Das letzte Zitat stammt aus der vorläufigen Grundsatzklärung des Demokratischen Aufbruchs vom 30. Oktober '89: „Die kritische Haltung des Demokratischen Aufbruchs zum real existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir beteiligen uns am Streit um die Konzeption des Sozialismus. Unser Ziel ist der demokratische Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung".

Diese vier Zitate aus Manifesten des Herbstes '89 vorangestellt, möchte ich überleiten zur ersten Runde.

Ich denke, es ist sinnvoll, daß man die erinnernde Vergegenwärtigung vorangehen läßt.

## WAS HABEN WIR GEWOLLT?

### EINGANGSSTATEMENTS

#### **Stephan Bickhardt:**

Was haben wir gewollt? - Die Entwicklungen seit dem Frühsommer '89 mit der damals beginnenden zweiten Fluchtbewegung von Ost nach West haben einen solchen Veränderungs- und Anpassungsdruck für die Mitglieder oppositioneller Gruppen gebracht, daß offensichtlich kein Raum für die Beantwortung der Frage geblieben ist, was wir eigentlich gewollt haben.

Die Initiative von *Demokratie* Jetzt entstand vor dem Hintergrund der Mauerrealität als augenfälligstem Ausdruck der Unfreiheit des einzelnen. Mit dem politischen Hilfswort

von der Abgrenzung konnte die komplexe Realität der Unfreiheit- die vermauerte Realität, die vermauerte Biographie bis in den Kopf hinein - im Sinne eines negativen Grundworts gut erfaßt werden. Wir unterschieden seinerzeit die äußere und die innere Abgrenzung. Mit der äußeren Abgrenzung war die Mauer, mit der inneren Abgrenzung war die Unfreiheit im Hinblick auf das Wahlsystem im Staat DDR angesprochen.

Wir stellten Grundrechtsforderungen, wie z. B. die nach der Reisefreiheit, und tasteten uns langsam vorwärts, einen Demokratiebegriff zu entwickeln.